



## Deutsche Arbeitskosten: Eine Quelle der Instabilität im Euroraum Auswertung der Eurostat-Statistik für 2010

Torsten Niechoj, Ulrike Stein, Sabine Stephan und Rudolf Zwiener

Seit Beginn der Währungsunion sind die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft in Deutschland deutlich langsamer gestiegen als in den übrigen EWU-Ländern. Zuletzt, im Jahr 2010, nahmen sie gerade mal um 0,6 Prozent zu; im übrigen Euroraum stiegen sie um 1,6 Prozent.

Arbeitskosten beeinflussen – als ein wesentlicher Kostenfaktor – die Preise und die Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft und damit die Exportentwicklung. Als Einkommensgröße wirken sie auf die Konsumnachfrage und damit auf die Importe. So dämpfen unterdurchschnittliche Zuwächse bei den Arbeitskosten – Beispiel Deutschland – den inländischen Preisauftrieb, die Binnennachfrage und die Importe und stimulieren zugleich über eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit die Exporte. Beides führt zu Leistungsbilanzüberschüssen. Umgekehrt führen relativ hohe Zuwächse der Arbeitskosten zwar zu einer starken Binnennachfrage, aber auch zu Leistungsbilanzdefiziten. Um außenwirtschaftliche Stabilität zu erreichen, gilt es also, einem gleichgewichtigen Pfad der Arbeitskosten zu folgen.

Die über Jahre kumulierte Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Mitgliedsländern hat zu massiven bilateralen Leistungsbilanzungleichgewichten beigetragen. Deutschland hat als größte Ökonomie Europas eine besondere Verantwortung. Am Beispiel Deutschlands zeigt sich, dass nicht nur überdurchschnittliche Arbeitskostensteigerungen, sondern auch Unterschreitungen die Stabilität des gemeinsamen Währungsraums bedrohen.

Seit nunmehr sechs Jahren vergleicht das IMK regelmäßig die Entwicklung der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in Deutschland mit jener in wichtigen europäischen Ländern. Die Arbeitskosten sind zusammen mit der Produktivitäts- und der Wechselkursentwicklung zentrale Indikatoren zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Wie in den vergangenen Jahren wurden die Daten, die dieser Analyse zugrunde liegen, der Arbeitskosten-Datenbank von Eurostat entnommen. Bei den Daten handelt es sich um offizielle Angaben, die von den nationalen Statistikämtern der EU-Länder zum Zwecke der Vergleichbarkeit nach einheitlichen Standards erhoben werden. Einen Überblick über die zugrunde

liegenden Definitionen sowie die verwendeten Abgrenzungen und Fortschreibungsverfahren gibt der *Methodische Anhang* in Niechoj et al. (2011). Im Folgenden werden zunächst die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft, im privaten Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe untersucht. Für diese Wirtschaftsbereiche liegen Angaben für alle 27 EU-Mitgliedsländer vor, so dass das EU-Aggregat 27 Länder und das Euroraum-Aggregat 16 Länder umfasst. Neben den Arbeitskosten in der Privatwirtschaft werden in diesem Report erstmals auch die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor angesprochen. Allerdings ist die Datenbasis hier noch sehr lückenhaft.

## **Privatwirtschaft: Deutsche Arbeitskosten steigen nur leicht**

Im Folgenden werden die Arbeitskosten je geleistete Stunde in der Privatwirtschaft (Industrie und private Dienstleistungen) für das Jahr 2010 dargestellt. Mit Arbeitskosten von 29,1 Euro pro Stunde belegt Deutschland im Jahr 2010, wie bereits im Jahr zuvor, den siebten Platz im Länderranking (Abbildung 1a).<sup>1</sup> Deutschland gehört nach wie vor zu der Gruppe der Hochlohnländer. Das sind die Länder, deren Arbeitskosten über dem Euroraum-Durchschnitt von derzeit 27,0 Euro je Stunde liegen. Allerdings ist in dieser Gruppe der Abstand zwischen dem Land mit den höchsten und dem mit den niedrigsten Arbeitskosten beträchtlich. So liegen die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft in Belgien mit 38,2 Euro je Stunde um mehr als 10 Euro über dem Niveau der entsprechenden Arbeitskosten in Irland und Österreich (jeweils 27,9 Euro je Stunde). Wie bereits in den Jahren zuvor rangiert Deutschland gemeinsam mit Finnland, Österreich und Irland am unteren Rand der Hochlohnländergruppe.

Ein Blick auf die Wachstumsraten der Arbeitskosten im Jahr 2010 zeigt, dass in der Gruppe der Hochlohnländer die Spreizung zunimmt: Während die Länder mit den höchsten Arbeitskosten – Belgien, Dänemark, Schweden, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande – Anstiege zwischen 2 und 3 ½ Prozent verzeichneten, betrug der Zuwachs in Finnland, Deutschland und Österreich nur ½ bis 1 Prozent; in Irland sind die Arbeitskosten 2010 sogar leicht gesunken (-0,5 Prozent). Der Anstieg der Arbeitskosten in Deutschland fiel mit 0,6 Prozent sehr gering aus. Dies zeigt auch der Vergleich mit dem Euroraum- bzw. dem EU-Durchschnitt, der bei 1,6 bzw. 1,7 Prozent lag. Selbst in den von der Krise besonders stark betroffenen Ländern Portugal und Spanien nahmen die Arbeitskosten mit 1,4 Prozent, bzw. 0,7 Prozent stärker zu als in Deutschland. Abgesehen von Irland und Griechenland, die 2010 einen Rückgang der Arbeitskosten verzeichneten, wiesen Deutschland und Finnland den geringsten Anstieg der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft im Euroraum auf.

Damit setzt sich die Entwicklung der vergangenen Jahre fort, dass die deutschen Arbeitskosten im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlich zuneh-

men. In den vergangenen 10 Jahren sind die Arbeitskosten hierzulande im Durchschnitt nur um 1,7 Prozent pro Jahr gestiegen und lagen damit im langjährigen Durchschnitt um gut einen Prozentpunkt bzw. um 1 ½ Prozentpunkte unter den jährlichen Zuwächsen im Euroraum insgesamt bzw. in der EU27 (Abbildung 1b). Zieht man den Euroraum bzw. die Europäische Union jeweils ohne Deutschland als Vergleichsmaßstab heran, fällt der Abstand noch deutlich größer aus. Im Gegensatz zu Deutschland sind die Arbeitskosten in den aufholenden Volkswirtschaften insbesondere in Mittel- und Osteuropa in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen, mit dem Effekt, dass die Einteilung in Hochlohnländer, südeuropäische Länder und mittel- und osteuropäische Niedriglohnländer zunehmend an Trennschärfe verliert. In der Gruppe der Hochlohnländer haben sich Finnland, Österreich, Deutschland und Irland mittlerweile nach unten abgesetzt, während Italien – von der Gruppe der südeuropäischen Länder kommend – den Anschluss an diese Ländergruppe gefunden hat. Der Aufholprozess der jüngsten EU-Mitgliedstaaten hat dazu geführt, dass sich das Niveau der Arbeitskosten in Slowenien und in der Tschechischen Republik zunehmend dem Niveau der südeuropäischen Länder annähert (vgl. Abbildung 1a).

## **Privater Dienstleistungssektor: Deutsche Arbeitskosten nur im europäischen Mittelfeld**

Das Auseinanderdriften der Arbeitskosten in der Gruppe der Hochlohnländer zeigt sich im privaten Dienstleistungssektor besonders deutlich. Die Länder mit den höchsten Arbeitskosten je Stunde – Dänemark, Belgien, Schweden, Luxemburg, Frankreich und die Niederlande – entfernten sich 2010 weiter von den übrigen Hochlohnländern. So lagen die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Dänemark mit 38,7 Euro je Stunde um mehr als 12 Euro über dem Niveau der entsprechenden Arbeitskosten in Österreich (26,5 Euro je Stunde). In der unteren Hälfte der Hochlohnländergruppe haben sich die Länder – mit Ausnahme von Finnland – stark angenähert. Deutschland, Italien, Irland und Österreich verzeichneten 2010 Arbeitskosten von 26 ½ Euro je Stunde, was dem Euroraum-Durchschnitt entspricht (Abbildung 2a). Dass die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Deutschland mittlerweile nur noch im europäischen Mittelfeld liegen, liegt daran, dass sie in den vergangenen Jahren weit unterdurchschnittlich gestiegen sind. Bezogen auf die vergangenen 10 Jahre nahmen die Arbeitskosten hierzulande im Durchschnitt um 1,7 Prozent pro Jahr zu, während sie im Euroraum um 2,8 Prozent und in der EU27

<sup>1</sup> Für Italien basierte die Berechnung der Arbeitskosten je Stunde für das Jahr 2009 (26,5 Euro je Stunde) auf der AKE 2004, da die Angaben aus der AKE 2008 seinerzeit noch vertraulich waren. Auf Basis der AKE 2008, die diesmal verwendet werden konnte, ergibt sich ein deutlich niedrigerer Wert für 2009 (25,7 Euro je Stunde). So erklärt es sich, dass die Arbeitskosten in Italien im Jahr 2010 (26,2 Euro je Stunde) trotz eines 2-prozentigen Anstiegs unter dem Wert liegen, der seinerzeit für 2009 ausgewiesen worden war.

Abbildung 1a

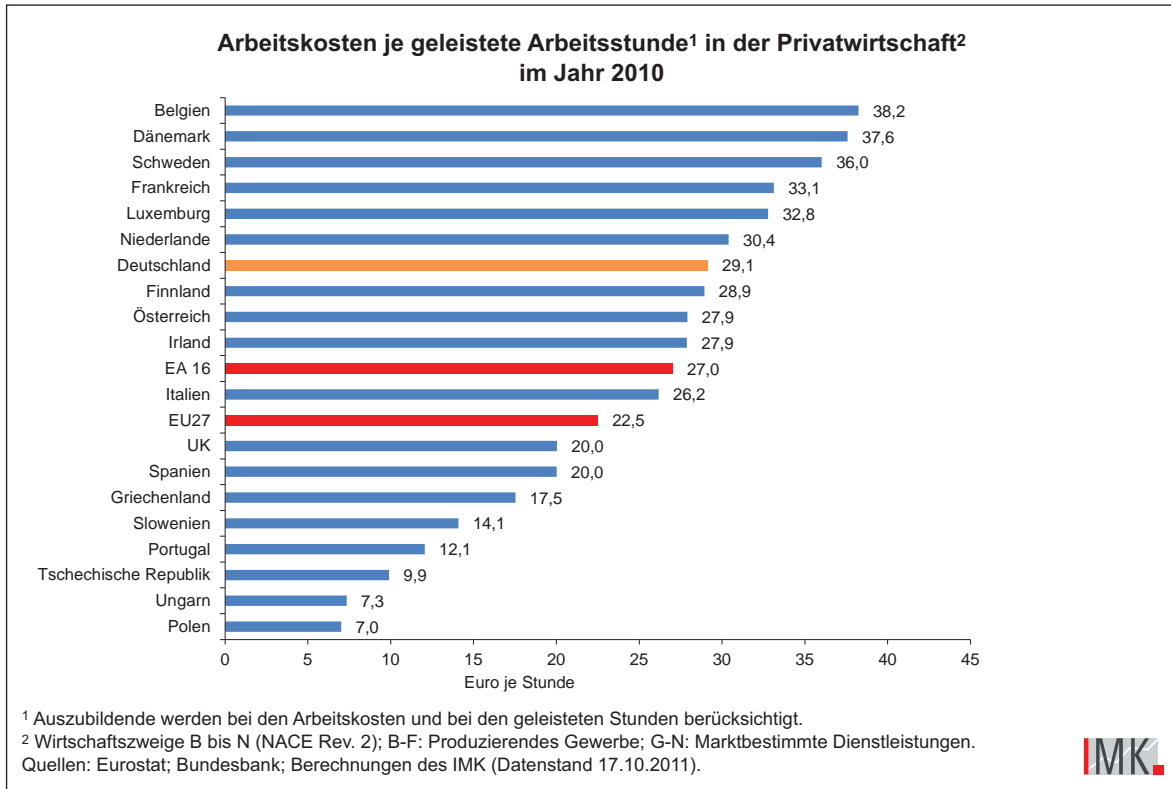


Abbildung 1b

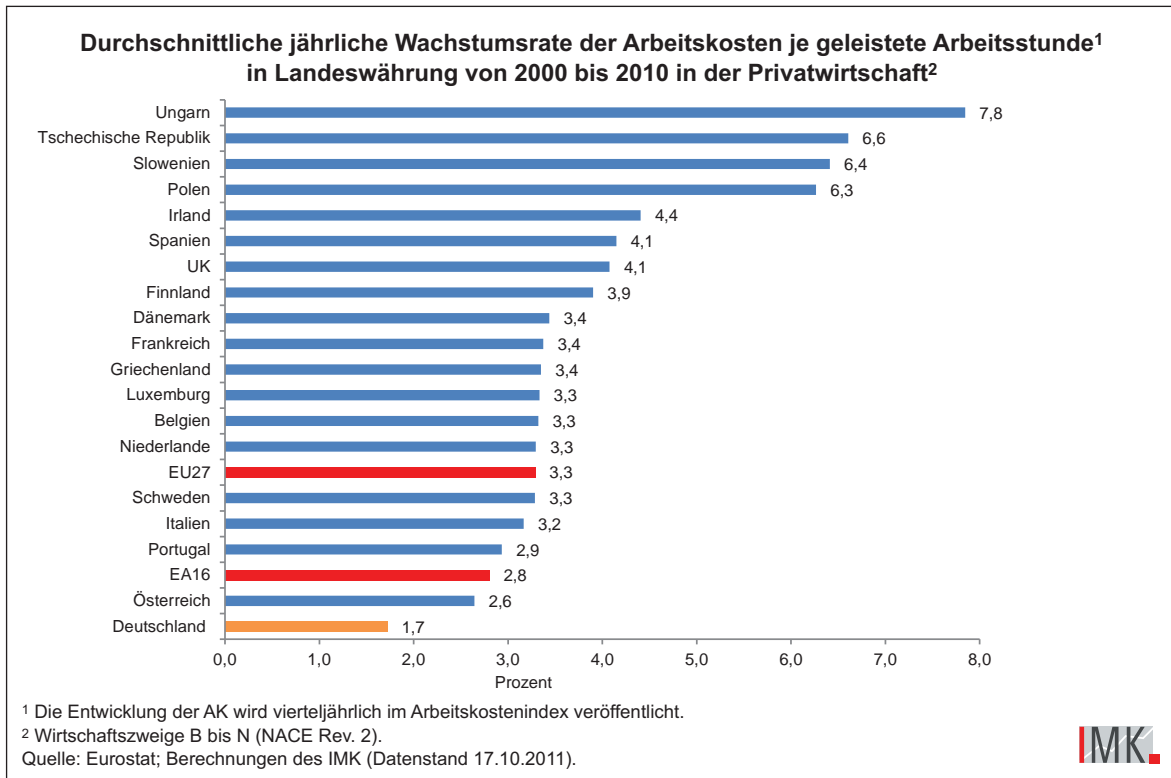


Abbildung 2a

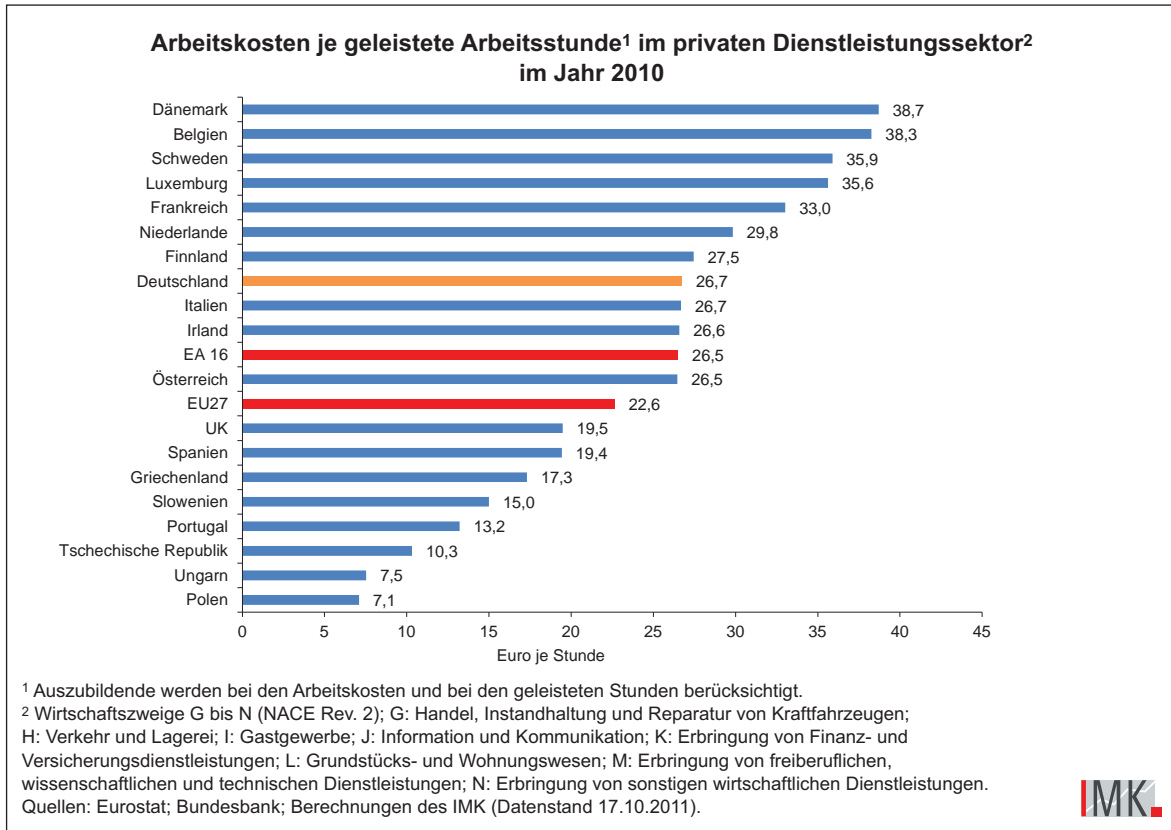
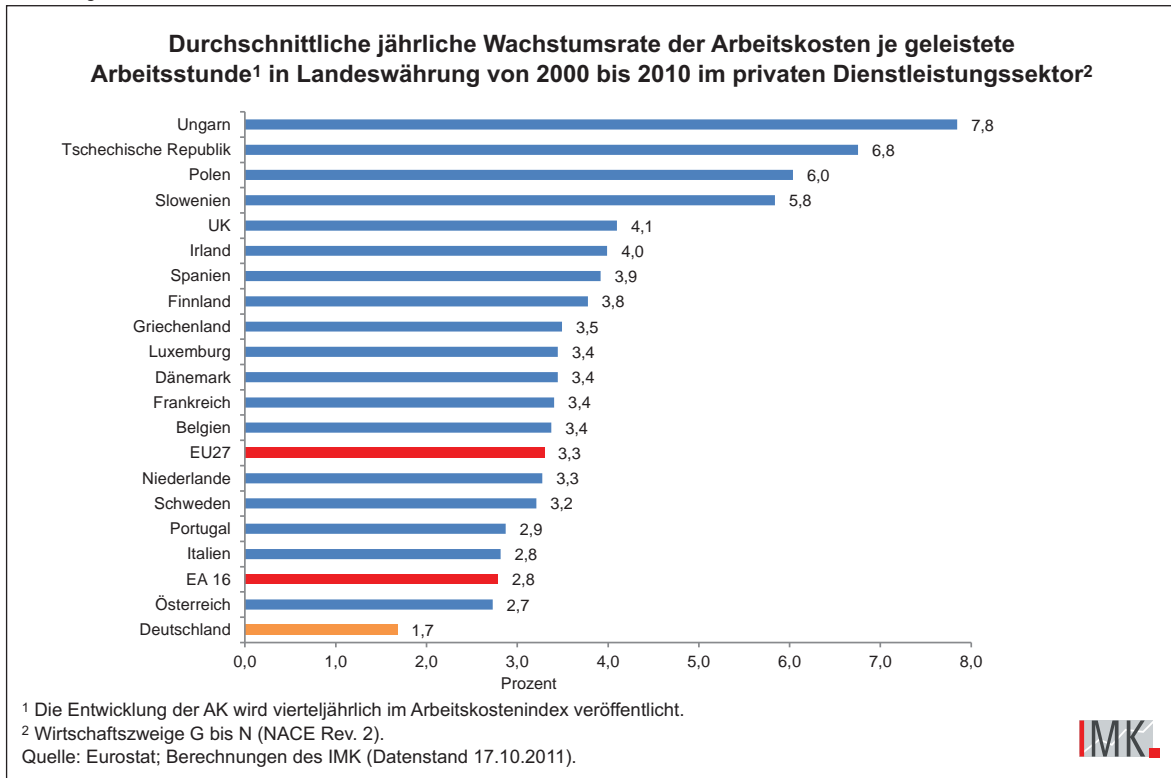


Abbildung 2b



um 3,3 Prozent expandierten (Abbildung 2b). 2010 belief sich der Anstieg der Arbeitskosten in Deutschland auf 1,1 Prozent; er lag damit noch einmal deutlich unter dem ohnehin geringen langjährigen Durchschnitt.

2010 stiegen die Arbeitskosten je Stunde in der Spitzengruppe der Hochlohnländer am stärksten: Dänemark, Belgien, Schweden<sup>2</sup>, Luxemburg, Frankreich und die Niederlande verzeichneten Zuwachsraten von 2 ½ bis 3 ½ Prozent, während der Anstieg in den anderen Hochlohnländern – Deutschland, Finnland und Österreich – lediglich zwischen 1,1 und 2,2 Prozent lag. Von den Volkswirtschaften, die im Zusammenhang mit der Krise des Euroraums im Fokus der Aufmerksamkeit stehen, meldeten Spanien (+0,8 Prozent) und Portugal (+0,4 Prozent) leicht steigende Arbeitskosten, während sie in Irland stagnierten und in Griechenland sogar um 1,1 Prozent zurückgingen. In Italien hingegen gab es einen kräftigen Anstieg von 2,8 Prozent. Mit Ausnahme von Ungarn und den Baltischen Staaten, die 2010 einen Rückgang der Arbeitskosten verzeichneten, sind die Arbeitskosten in den übrigen mittel- und ost-europäischen EU-Ländern gestiegen. In Slowenien, der Slowakei, Polen und der Tschechischen Republik fielen die Anstiege in jeweiliger Landeswährung gemessen mit 1 bis 1,3 Prozent sehr moderat aus. Aufgrund der kräftigen Aufwertung der Tschechischen Krone und des Zloty (siehe Abbildung 5) stiegen die Arbeitskosten in Euro gemessen jedoch um 5 ½ Prozent in der Tschechischen Republik und um fast 10 Prozent in Polen.

### **Verarbeitendes Gewerbe: Deutsche Arbeitskosten leicht rückläufig**

2010 verzeichnete Deutschland Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe von 32,9 Euro je Stunde und lag damit im Länderranking auf Platz fünf hinter Belgien, Schweden, Dänemark und Frankreich (Abbildung 4a). Deutschland gehört nach wie vor zur Gruppe der Hochlohnländer, allerdings ist auch für das Verarbeitende Gewerbe zu beobachten, dass sich Deutschland immer weiter von der Spitze der Hochlohnländer entfernt. In nur zwei Jahren hat sich der Abstand zu Belgien, dem Land mit den höchsten Arbeitskosten, von gut 4 auf 6 ½ Euro je Stunde aus-

<sup>2</sup> Die Ergebnisse für Schweden wurden 2009 und 2010 stark von Wechselkursschwankungen beeinflusst. In Landeswährung gerechnet stiegen die Arbeitskosten 2009 um 3,4 Prozent und 2010 um 2,1 Prozent. In Euro gerechnet sanken die Arbeitskosten 2009 aufgrund einer 10-prozentigen Abwertung der Schwedischen Krone um 6,4 Prozent, während sie 2010 aufgrund einer 10-prozentigen Aufwertung um fast 14 Prozent stiegen (Abbildung 5).

geweitet und auch zu Dänemark und Frankreich ist der Abstand größer geworden. Schweden ist insofern ein Sonderfall, als die schwedischen Arbeitskosten (in Euro gemessen) in den Jahren 2009 und 2010 aufgrund von starken Wechselkursbewegungen (Abbildung 5) enorm schwankten. 2009 hatte eine 10-prozentige Abwertung der Schwedischen Krone dafür gesorgt, dass die schwedischen Arbeitskosten (in Euro gemessen) unter das Niveau der deutschen Arbeitskosten rutschten; nach der 10-prozentigen Aufwertung im darauf folgenden Jahr hat sich dieser Effekt wieder umgekehrt, so dass Schweden im Länderranking jetzt wieder deutlich vor Deutschland liegt.

Die Wachstumsraten der Arbeitskosten zeigen an, dass die Spreizung in der Gruppe der Hochlohnländer im Jahr 2010 größer geworden ist: Während die Länder mit den höchsten Arbeitskosten je Stunde – Belgien, Schweden, Dänemark und Frankreich – kräftige positive Zuwachsraten von 2 bis 3,8 Prozent verzeichneten, waren die Arbeitskosten in den übrigen Hochlohnländern – mit Ausnahme von den Niederlanden (+0,6 Prozent) – rückläufig. Während die Arbeitskosten in Deutschland (-0,1 Prozent) und Luxemburg (-0,3 Prozent) kaum merklich sanken, meldeten Irland (-0,7 Prozent), Finnland (-1,1 Prozent) und Österreich (-1,3 Prozent) deutlich negative Wachstumsraten. Das ist bemerkenswert, weil sonst nur Estland (-0,7 Prozent), Lettland (-3,6 Prozent) und Litauen (-2,3 Prozent) sinkende Arbeitskosten verzeichneten, was bei diesen Ländern hingegen nicht verwunderlich ist, weil sie nach wie vor mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen haben. Die disparate Entwicklung der Arbeitskosten in den europäischen Ländern im Jahr 2010 schlägt sich in niedrigen Raten für den Euroraum als Ganzen (+1 Prozent) und für die EU27 (+1,3 Prozent) nieder. Aus diesem Bild stechen nur Schweden, Polen, die Tschechische Republik und das Vereinigte Königreich mit einem Anstieg der Arbeitskosten zwischen 6 ½ und fast 14 Prozent hervor. Allerdings kommen diese hohen Wachstumsraten in erster Linie dadurch zustande, dass die betreffenden Währungen im Jahr 2010 kräftig aufwerteten (Abbildung 5).

Trotz der unterschiedlichen Entwicklung im Jahr 2010 haben sich die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre ähnlich entwickelt wie in der Privatwirtschaft (Abbildung 4b). Deutschland kommt im langjährigen Durchschnitt auf gerade einmal 1,8 Prozent und nimmt mit Abstand den letzten Rang unter den europäischen Ländern ein. Auch Griechenland und Österreich sind im Ranking ganz unten zu finden, aber immerhin noch mit durchschnittlichen Wachstumsraten von

## **Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor: Datenlage noch sehr lückenhaft**

Die letzte Arbeitskostenerhebung im Jahr 2008 (AKE 2008) war mit der Einführung einer neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, der NACE Rev. 2, verbunden. Wirtschaftszweigklassifikationen werden von Zeit zu Zeit angepasst, um dem Strukturwandel in einer Volkswirtschaft Rechnung zu tragen. Da in vielen Ländern der Dienstleistungssektor immer mehr an Bedeutung gewinnt, während der primäre und der sekundäre Sektor kontinuierlich an Bedeutung einbüßen, ist ein wesentliches Ziel der NACE Rev.2 die detailliertere Erfassung des Dienstleistungssektors. Mit der Arbeitskostenerhebung 2008 wurde die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige auch auf europäischer Ebene eingeführt. Allerdings wurde die Erwartung, dass sich damit auch die Datenlage für den öffentlichen Dienstleistungssektor deutlich verbessern würde, bisher nicht erfüllt. Nach wie vor sind die Datenlücken so gravierend, dass ein Vergleich der Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor auf europäischer Ebene nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Für die Berechnung der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im öffentlichen Dienstleistungssektor wurde wie folgt vorgegangen: Die Arbeitskosten der Beschäftigten und der Auszubildenden sowie die von den Beschäftigten und den Auszubildenden tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden wurden den nationalen Arbeitskostenerhebungen (AKE 2008) entnommen. Die auf Basis dieser Angaben berechneten Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Jahr 2008 wurden für die folgenden Jahre mit den Wachstumsraten der korrespondierenden Arbeitskostenindizes (AKI) der jeweiligen Länder fortgeschrieben. Leider gibt es in der AKE derzeit keine Angaben für die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor in Belgien, Österreich, Italien, Schweden, Luxemburg und Malta, so dass die Arbeitskosten je Stunde für diese Länder nicht berechnet werden können. Gleichwohl stellen Belgien, Luxemburg und Malta eine vollständige Reihe für den Arbeitskostenindex (AKI) zur Verfügung, so dass diese Länder immerhin in einen Vergleich einbezogen werden können, der auf das langjährige durchschnittliche Wachstum der Arbeitskosten abstellt. Für Frankreich und Spanien hingegen gibt es zwar aktuelle Werte für die Arbeitskosten je Stunde, aber die Reihen der Arbeitskostenindizes sind so kurz, dass diese Länder bei dem Vergleich der langjährigen durchschnittlichen Wachstumsraten der Arbeitskosten nicht berücksichtigt werden können. Italien, Österreich und Schweden müssen aufgrund fehlender Daten gänzlich unberücksichtigt bleiben.

Der öffentliche Dienstleistungssektor setzt sich aus den Wirtschaftszweigen O bis S zusammen:

- O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung,
- P: Erziehung und Unterricht,
- Q: Gesundheits- und Sozialwesen,
- R: Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie
- S: Erbringung sonstiger Dienstleistungen.

Auch wenn dieser Sektor in seiner Zusammensetzung sehr heterogen ist und wesentliche Länder in der Betrachtung fehlen, so lassen sich doch drei Parallelen zu den Ergebnissen aus der Privatwirtschaft ziehen: Erstens, Deutschland gehört mit Arbeitskosten von 28,6 Euro je Stunde gemeinsam mit den Niederlanden, Irland, Frankreich und Finnland zur Gruppe der Hochlohnländer. Allerdings ist hier der Abstand zwischen den einzelnen Hochlohnländern deutlich geringer. 2010 lagen die Arbeitskosten je Stunde in den Niederlanden nur um gut 6 Euro über denen in Deutschland (Abbildung 3a). Zweitens, betrachtet man die durchschnittliche Steigerungsrate der Arbeitskosten in den vergangenen 10 Jahren, dann weist Deutschland mit einer Rate von 1,1 Prozent pro Jahr den geringsten Zuwachs aller betrachteten EU-Länder auf (Abbildung 3b). Drittens, im Jahr 2010 lag der Anstieg der Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor in Deutschland deutlich unter seinem langfristigen Durchschnittswert. Hierzulande stiegen die Arbeitskosten nur um 0,3 Prozent, während sie in den Niederlanden (+1,3 Prozent), Frankreich (+2,1 Prozent) und Finnland (+3,4 Prozent) deutlich stärker expandierten. Ungarn und die Baltischen Staaten, die sich immer noch nicht von der Krise 2008 erholt haben, meldeten 2010 dagegen Rückgänge bei den Arbeitskosten zwischen 2,1 Prozent (Estland) und fast 10 Prozent (Lettland). Auch die Euroraumländer, die derzeit massive Sparanstrengungen unternehmen, um ihre Staatsschulden zu reduzieren, verzeichneten negative Wachstumsraten. So sanken die Arbeitskosten je Stunde in Spanien um 0,7 Prozent, in Portugal um 3,1 Prozent und in Irland um 4,5 Prozent. In Griechenland stagnierten die Arbeitskosten in 2010, nachdem der Rückgang im Jahr zuvor fast 12 Prozent betragen hatte.

Abbildung 3a

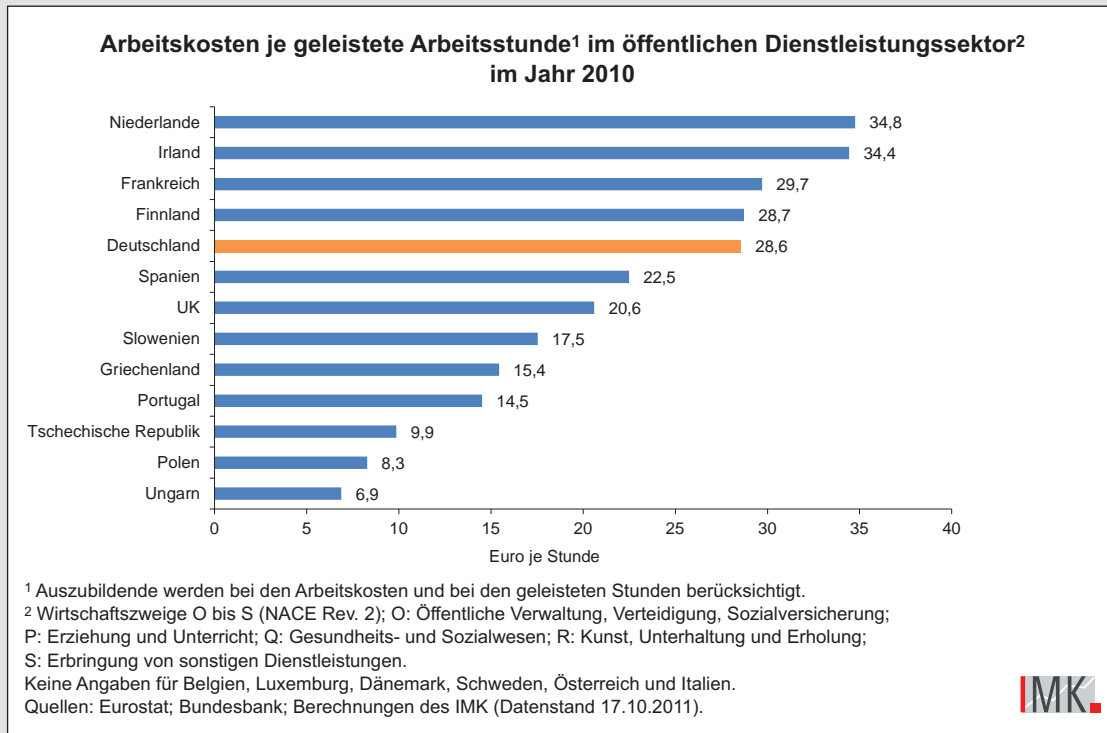


Abbildung 3b

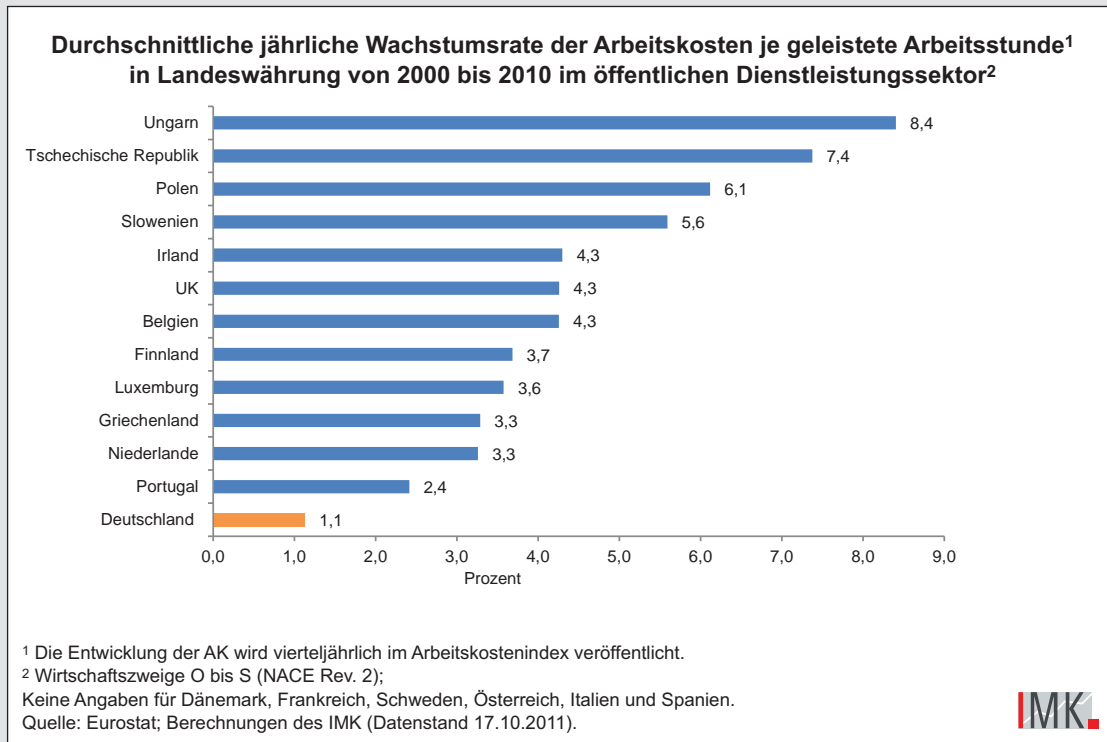


Abbildung 4a

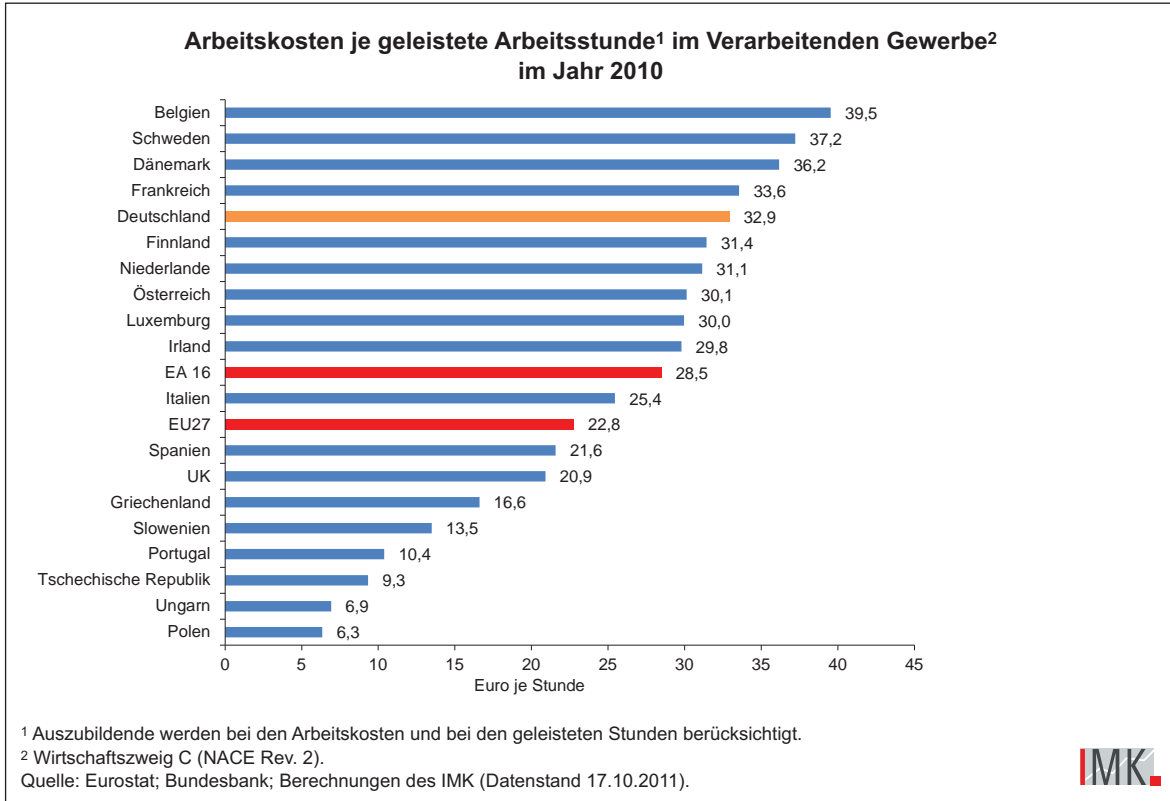


Abbildung 4b

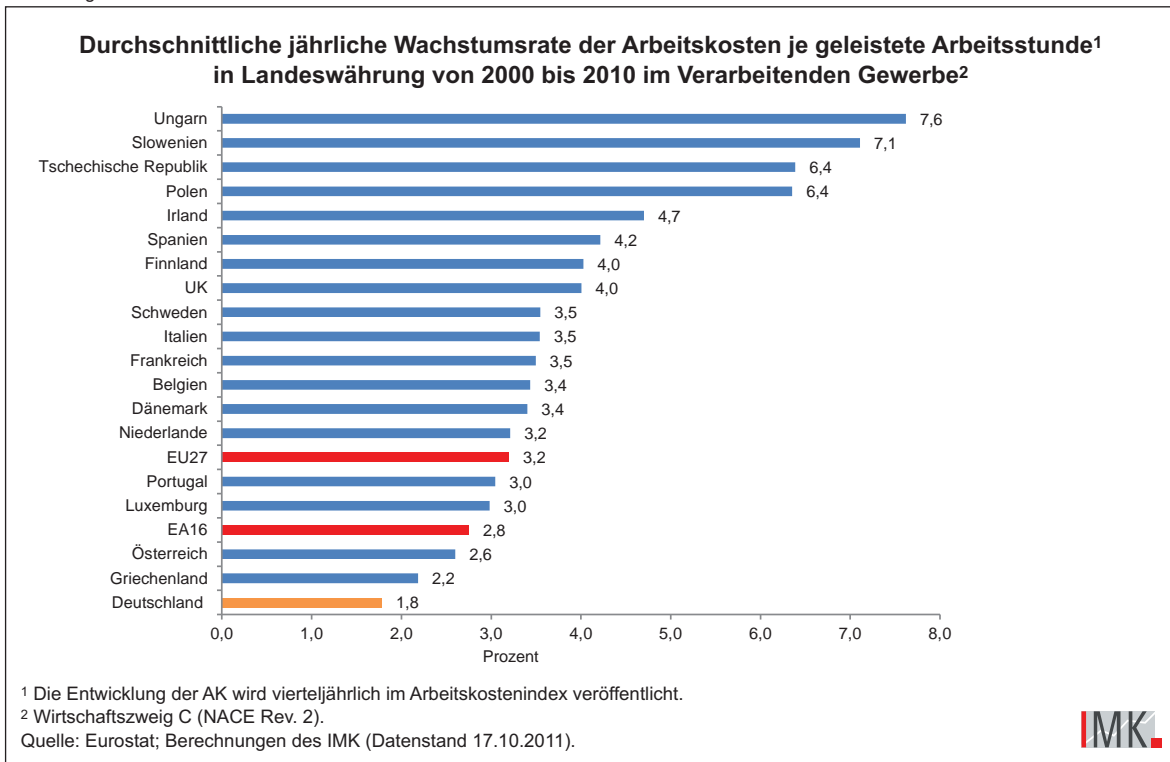
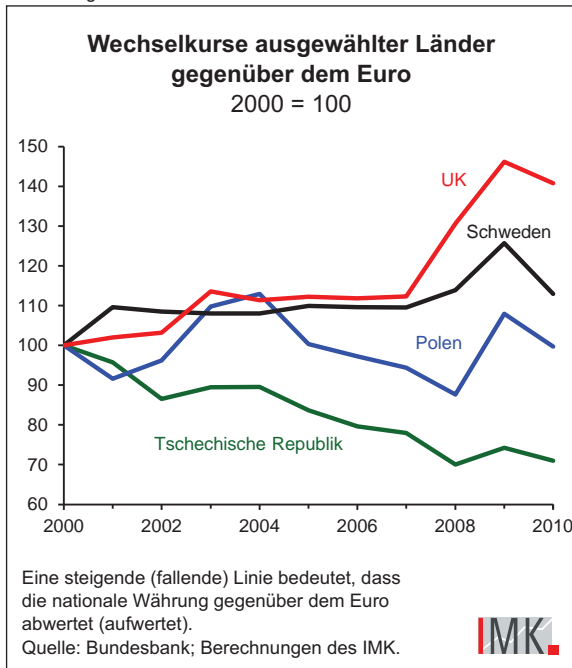




Abbildung 5



2,2 Prozent bzw. 2,6 Prozent pro Jahr. Alle übrigen Länder haben deutlich höhere Wachstumsraten von 3 Prozent und mehr.

Ein methodisch sauberer Vergleich der tatsächlich für die Produktion von industriellen Gütern anfallenden Arbeitskosten erfordert die Berücksichtigung von Vorleistungsverflechtungen. Dies ist umso wichtiger, je größer die Unterschiede zwischen den Arbeitskosten in den einzelnen Sektoren sind. In Deutschland beispielsweise lagen die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor im Jahr 2010 mit 26,7 Euro pro Stunde um fast 20 Prozent unter denen im Verarbeitenden Gewerbe. Das IW Köln relativiert daher zu Recht seine Berechnungen der Arbeitskosten in der deutschen Industrie, indem es in einer Zusatzrechnung diese Vorleistungen zu berücksichtigen versucht. In einer aktuellen Veröffentlichung wird der daraus sich ergebende Kostenvorteil für das Verarbeitende Gewerbe auf 5,1 Prozent bzw. 1,75 Euro pro Stunde geschätzt (Schröder, 2011, S. 17). Zu größeren Kosteneinsparungen kommt das IWH (vgl. Ludwig/Brautzsch, 2010, Tabelle 12, S. 26) auf Basis der Input-Output-Rechnung für das Jahr 2006. Unter Berücksichtigung der gesamten Vorleistungsproduktion und der Verflechtung wird eine Kostenersparnis von fast 13 Prozent ermittelt. Auch wenn die Ergebnisse der Input-Output-Rechnung das Ausmaß der Kostenersparnis überzeichnen, weil sie auf der Basis von Personen und nicht von Arbeitsstunden berechnet wurden, und damit die hohe Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungssektor vernachlässigt wurde, so bele-

gen sie eindrucksvoll, dass der Entlastungseffekt ganz entscheidend über den unmittelbaren Vorleistungsverbrauch entsteht. Der tatsächliche Entlastungseffekt dürfte bei 8 bis 10 Prozent liegen und berücksichtigt die Weiterverarbeitungseffekte über die verschiedenen Sektoren. Immer dann, wenn die Arbeitskosten in Wirtschaftszweigen, die Vorleistungen für die Produktion erbringen, geringer sind als im Verarbeitenden Gewerbe, entlastet dies die tatsächlichen Arbeitskosten in diesem Bereich. Das bedeutet aber auch, dass der Entlastungseffekt gering ist, wenn das Niveau der Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe und im privaten Dienstleistungssektor in etwa gleich hoch ist. In Deutschland liegen die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor um 18,7 Prozent unterhalb der Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe. In den übrigen Ländern des Euroraums liegen die Arbeitskosten im Dienstleistungssektor entweder deutlich näher an denen des Verarbeitenden Gewerbes oder sie sind sogar deutlich höher (Tabelle 1). Damit ist der Entlastungseffekt in Deutschland besonders hoch.

### Lohnstückkosten und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Es ist nicht sinnvoll, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ausschließlich anhand des Niveaus der Arbeitskosten zu beurteilen, da auch die Arbeitsproduktivität eine entscheidende Rolle spielt. Dies ist so, weil Arbeitskostensteigerungen nicht per se ein Produkt verteuern. Ein gleichzeitiger Anstieg der Produktivität kann die Arbeitskostensteigerungen ausgleichen oder sogar überkompensieren. Bei gesteigerter Produktivität kann mit dem gleichen Arbeitseinsatz mehr produziert werden, weswegen die Kosten pro Stück trotz höherer Arbeitskosten nicht entsprechend steigen. Deshalb ist es in Bezug auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinnvoller, die Lohnstückkosten heranzuziehen, in deren Berechnung die Produktivität eingeht. Die Lohnstückkostenentwicklung in Relation zu derjenigen anderer Länder ist somit ein guter Indikator für die Veränderung der Wettbewerbsposition einer Volkswirtschaft.

Im Folgenden werden die Lohnstückkosten für das Gros der Euroraumstaaten sowie zwei Vergleichsländer außerhalb des Euroraums (Polen, Vereinigtes Königreich) betrachtet. Die Berechnung der Lohnstückkosten beruht auf Daten von Eurostat. Alle Angaben sind in Euro. Da die Wettbewerbsposition Polens und des Vereinigten Königreichs gegenüber dem Euroraum nach wie vor durch Wechselkursschwankungen beeinflusst wird, ist die Wechselkursentwicklung dieser Länder in Abbildung 5 dargestellt. Die Währungen beider Länder werteten in der Krise stark

Tabelle 1

Arbeitskosten je Stunde in Euro nach Wirtschaftszweigen in 2010 (Position)							
	Privatwirtschaft <sup>1</sup>		Privater Dienstleistungssektor <sup>2</sup>		Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>		Öffentlicher Dienstleistungssektor <sup>4</sup>
Belgien	38,2	(1)	38,3	(2)	39,5	(1)	
Dänemark	37,6	(2)	38,7	(1)	36,2	(3)	
Schweden	36,0	(3)	35,9	(3)	37,2	(2)	
Frankreich	33,1	(4)	33,0	(5)	33,6	(4)	29,7
Luxemburg	32,8	(5)	35,6	(4)	30,0	(9)	
Niederlande	30,4	(6)	29,8	(6)	31,1	(7)	34,8
Deutschland	29,1	(7)	26,7	(8)	32,9	(5)	28,6
Finnland	28,9	(8)	27,5	(7)	31,4	(6)	28,7
Österreich	27,9	(9)	26,5	(11)	30,1	(8)	
Irland	27,9	(9)	26,6	(10)	29,8	(10)	34,4
Italien	26,2	(11)	26,7	(8)	25,4	(11)	
Spanien	20,0	(12)	19,4	(13)	21,6	(12)	22,5
UK	20,0	(12)	19,5	(12)	20,9	(13)	20,6
Griechenland	17,5	(14)	17,3	(14)	16,6	(14)	15,4
Zypern	16,2	(15)	16,8	(15)	13,0	(16)	25,6
Slowenien	14,1	(16)	15,0	(16)	13,5	(15)	17,5
Portugal	12,1	(17)	13,2	(17)	10,4	(18)	14,5
Malta	11,5	(18)	11,7	(18)	11,8	(17)	
Tschechische Republik	9,9	(19)	10,3	(19)	9,3	(19)	9,9
Slowakei	8,0	(20)	8,1	(20)	7,7	(20)	7,5
Estland	7,7	(21)	7,9	(21)	7,2	(21)	7,6
Ungarn	7,3	(22)	7,5	(22)	6,9	(22)	6,9
Polen	7,0	(23)	7,1	(23)	6,3	(23)	8,3
Lettland	5,7	(24)	6,0	(24)	5,0	(25)	5,2
Litauen	5,3	(25)	5,5	(25)	5,1	(24)	5,9
Rumänien	4,3	(26)	4,6	(26)	3,5	(26)	4,0
Bulgarien	3,1	(27)	3,4	(27)	2,6	(27)	3,5
EA16	27,0		26,5		28,5		
EU27	22,5		22,6		22,8		

<sup>1</sup> Wirtschaftszweige B-N; B-F: Produzierendes Gewerbe; G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.  
<sup>2</sup> Wirtschaftszweige G-N; G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.  
<sup>3</sup> Wirtschaftszweig C: Verarbeitendes Gewerbe.  
<sup>4</sup> Wirtschaftszweige O-S; O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; P: Erziehung und Unterricht; Q: Gesundheits- und Sozialwesen; R: Kunst, Unterhaltung und Erholung; S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.  
Quelle: Eurostat; Berechnungen des IMK (Datenstand 17.10.2011).

ab. 2010 gab es dann wieder eine leichte Aufwertung. Gegenüber seinem Wert im Jahr 2000 hat das britische Pfund gegenüber dem Euro mittlerweile 40 Prozent an Wert verloren, während der polnische Zloty gerade wieder sein Ausgangsniveau erreicht hat.

Abbildungen 6 und 7 zeigen, wie sich die Komponenten der Lohnstückkosten, die Arbeitnehmerentgelte und die Produktivität entwickelt haben. Während Frankreich, Österreich und auch Belgien und Italien Steigerungen der Arbeitnehmerentgelte seit dem Jahr 2000 aufweisen, die nahe am Durchschnitt der EWU-Länder liegen, sind die deutschen Anstiege weit unterdurchschnittlich. Die Krisenländer, aber auch Finnland aus der Gruppe der Überschussländer, und insbesondere Griechenland und Irland verzeichnen bis zur 2008

einsetzenden Krise hohe Lohnsteigerungen. Polen, das kaum von der Krise betroffen war, weist über den gesamten Zeitraum innerhalb dieser Gruppe gesehen den höchsten Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte auf<sup>3</sup>.

In Spanien, Portugal und Frankreich verlief die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ähnlich wie im Euroraum insgesamt. Dagegen weisen Deutschland, die Niederlande und auch das Vereinigte Königreich eine bis zur Krise deutlich bessere Entwicklung, dann aber eine einsetzende Annäherung an den Euroraumdurchschnitt auf. Überdurchschnittliche Steigerungen

<sup>3</sup> Bei den Abbildungen muss allerdings beachtet werden, dass vor allem wegen der steigenden Teilzeitquote die durchschnittlichen Lohnsteigerungen pro Stunde normalerweise deutlich höher sind als pro Person.

## Datenbasis zur Berechnung der Lohnstückkosten

Im Folgenden wird die Entwicklung der Lohnstückkosten und der einzelnen Komponenten als relative Veränderung seit Beginn der Währungsunion dargestellt, um so die (Auseinander-)entwicklung der einzelnen Länder seit Einführung des Euro untersuchen zu können. Die zur Berechnung der Lohnstückkosten verwendeten Daten liegen allerdings teilweise erst ab dem Jahr 2000, zum Teil auch erst für spätere Jahre vor. Entsprechend wurde in der Regel das erste Quartal 2000 als Basis und Startpunkt gewählt und gleich 100 gesetzt. Die Verläufe stellen dann die Veränderung gegenüber diesem Startpunkt dar. Sie reichen zu meist bis Ende des zweiten Quartals 2011. Partiiell musste aufgrund fehlender Daten auf Zeitreihen für die Niederlande und Polen verzichtet werden. Soweit vorhanden wurden Daten auf Stundenbasis verwendet, andernfalls auf Personenbasis. Die den Berechnungen zugrunde liegenden Daten folgen der NACE-Klassifikation 1.1, die Lohnstückkosten der Industrie umfassen entsprechend die NACE 1.1 – Bereiche C, D und E (siehe hierzu den *methodischen Anhang* in Niechoj et al., 2011).

Zur besseren Übersichtlichkeit wurden zwei Ländergruppen gebildet. Zur ersten gehören die Länder des Euroraums, die aufgrund der Schuldenkrise im Euroraum besonders im Fokus der Aufmerksamkeit in den letzten eineinhalb Jahren gestanden haben und noch stehen: Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien. Diese Gruppe wurde zum Vergleich noch um Polen ergänzt, ein Land außerhalb des Euroraums, das ähnlich wie Portugal und Griechenland ein niedriges Arbeitskostenniveau hat, aber einen flexiblen Wechselkurs. In die zweite Ländergruppe wurden neben Deutschland vier kleinere offene Volkswirtschaften mit Leistungsbilanzüberschüssen – Belgien, Finnland, Österreich und die Niederlande – sowie Frankreich als zweitgrößte Volkswirtschaft Europas und das Vereinigte Königreich als europäisches Vergleichsland außerhalb des Euroraums aufgenommen.

der Arbeitsproduktivität finden sich in Finnland, Polen und – seit Beginn der Krise – Irland, etwas darunter liegt Österreich. Griechenland hatte bis zur Krise eine hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität zu verzeichnen, danach ist die Entwicklung aber rückläufig. Unterdurchschnittlich hat sich die Arbeitsproduktivität in Belgien entwickelt. Noch schlechter sieht es in Italien aus, dessen Arbeitsproduktivität seit Beginn der Währungsunion stagnierte.

Betrachtet man den Verlauf seit Anfang 2008, so ist in vielen Ländern die Arbeitsproduktivität 2008/09 krisenbedingt durch die Unterauslastung der Kapazitäten zurückgegangen. Seitdem erholt sie sich mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs sowie vor allem Griechenlands wieder. Gründe für die Erholung sind einerseits die wieder anziehende Kapazitätsauslastung sowie andererseits Entlassungen bzw. der Rückgang der Erwerbstätigkeit. Letzteres gilt insbesondere für Spanien und Irland (vgl. Abbildung 8).

Setzt man nun die Arbeitnehmerentgelte mit der Arbeitsproduktivität in Beziehung, ergeben sich die Lohnstückkosten (siehe *methodischer Anhang* in Niechoj et al., 2011). Die Lohnstückkosten werden nachfolgend sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch für die Industrie ausgewiesen. Da die Industrie Vorleistungen aus der restlichen Ökonomie bezieht und somit die Preisentwicklung in der Gesamtwirtschaft auch die Exportpreise beeinflusst, ist es sinnvoll, neben der Entwicklung in der für die Exporte beson-

ders relevanten Industrie auch immer diejenige der Gesamtwirtschaft zu betrachten.

Bei der Lohnstückkostenentwicklung in der Gesamtwirtschaft zeigt sich in der letzten Dekade ein dreigeteiltes Bild (vgl. Abbildung 9). Eine Gruppe von Ländern – Frankreich, die Niederlande, Belgien, Finnland und mit deutlichen Abstrichen Österreich – liegt um oder knapp über dem Euroraumdurchschnitt. Eine weitere Gruppe – die Krisenländer Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien – weist Lohnstückkostenanstiege deutlich über dem Euroraumdurchschnitt auf. Die dritte Gruppe bestehend aus Deutschland und dem Vereinigten Königreich liegt im Gegensatz dazu deutlich darunter, wobei das im Falle des Vereinigten Königreichs weitgehend der Abwertung des Pfunds gegenüber dem Euro geschuldet ist. Die Entwicklung in Polen ist dagegen als eher erratisch zu bezeichnen. Auch hier wirken sich Wechselkursveränderungen deutlich auf den Verlauf der Lohnstückkosten aus.

Fokussiert man allein auf die Periode seit Anfang 2008, dann erhöhten sich in den meisten Ländern die Lohnstückkosten zwischen 2008 und 2009, bevor dann eine Seitwärtsbewegung einsetzt. Die Krisenländer Portugal und Griechenland sowie Spanien und insbesondere Irland zeigten dagegen eine deutlich unterdurchschnittliche Entwicklung. Dies hängt eng mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, und diese wiederum mit dem starken, krisenbedingten Rückgang

Abbildung 6

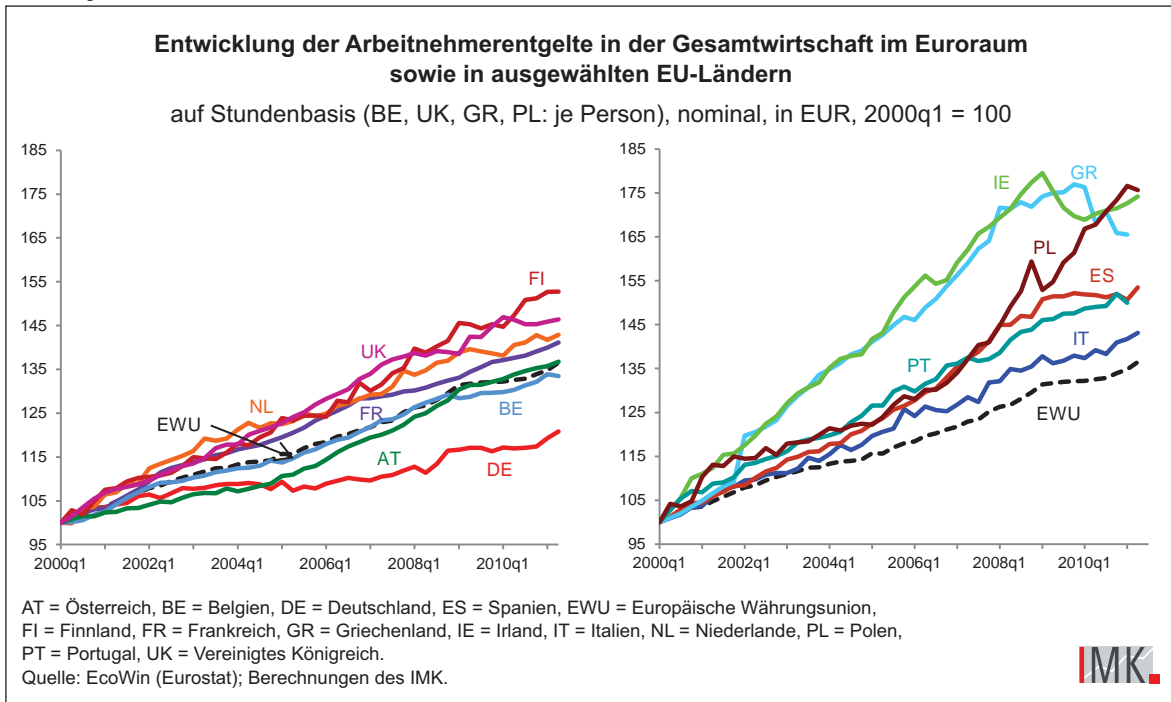


Abbildung 7

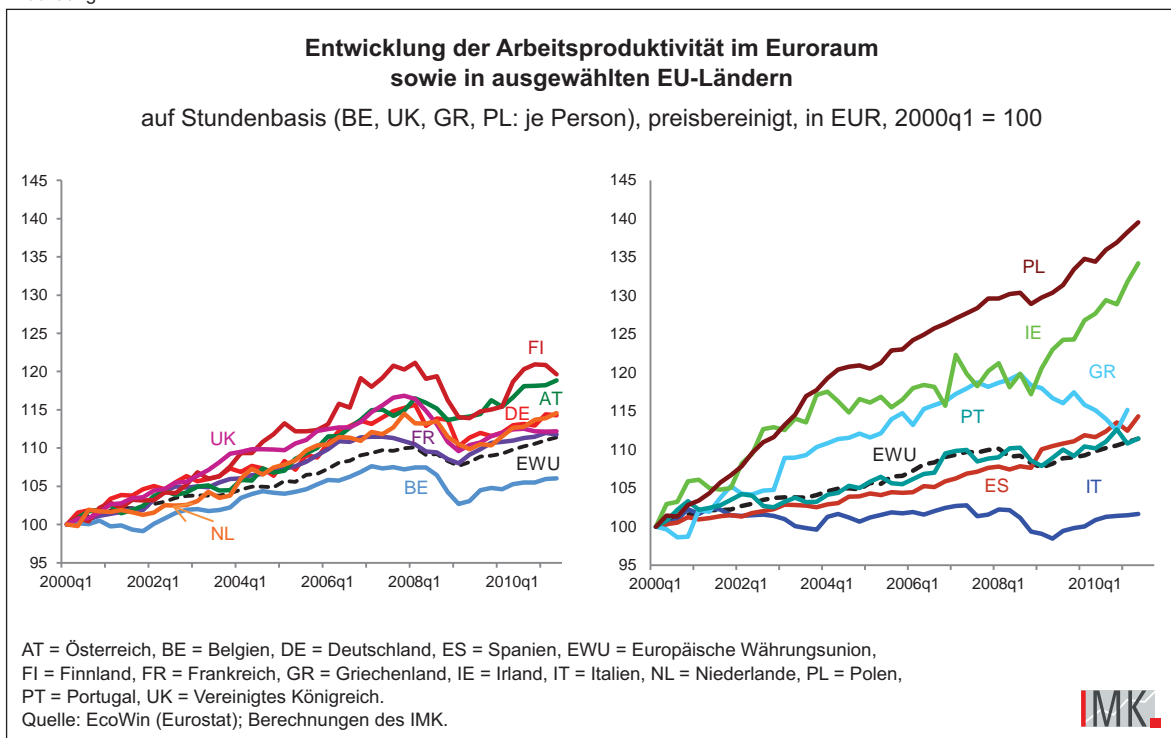


Abbildung 8

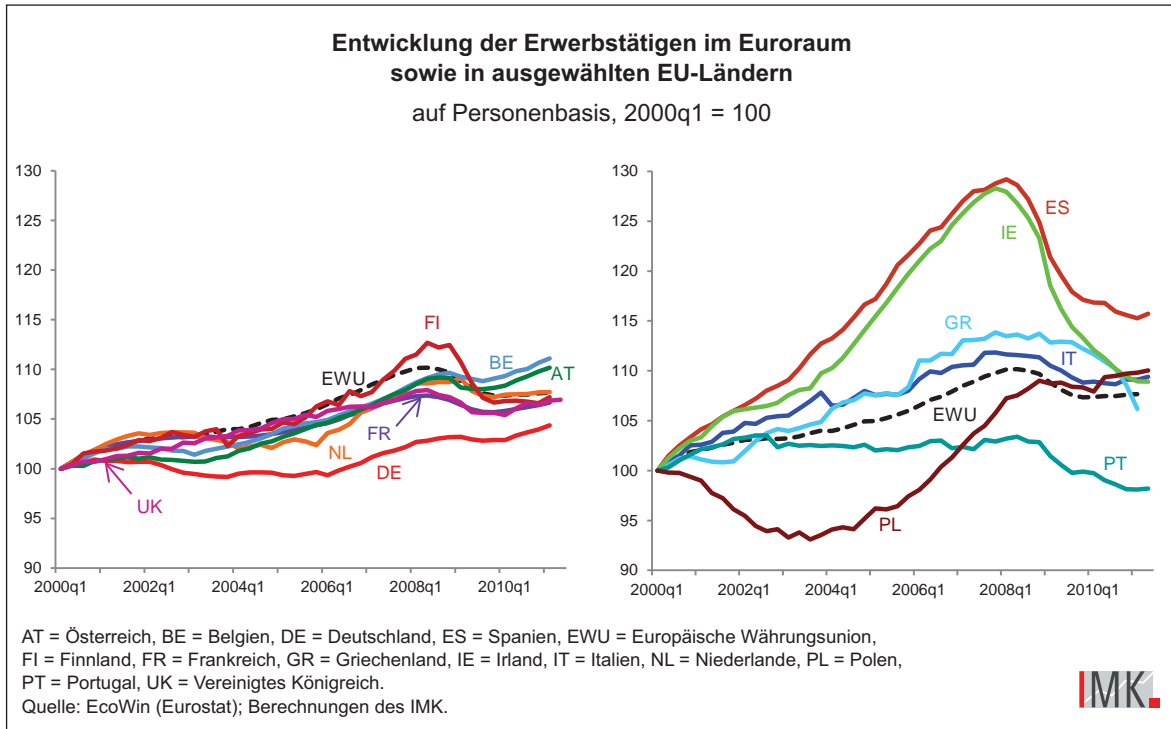


Abbildung 9

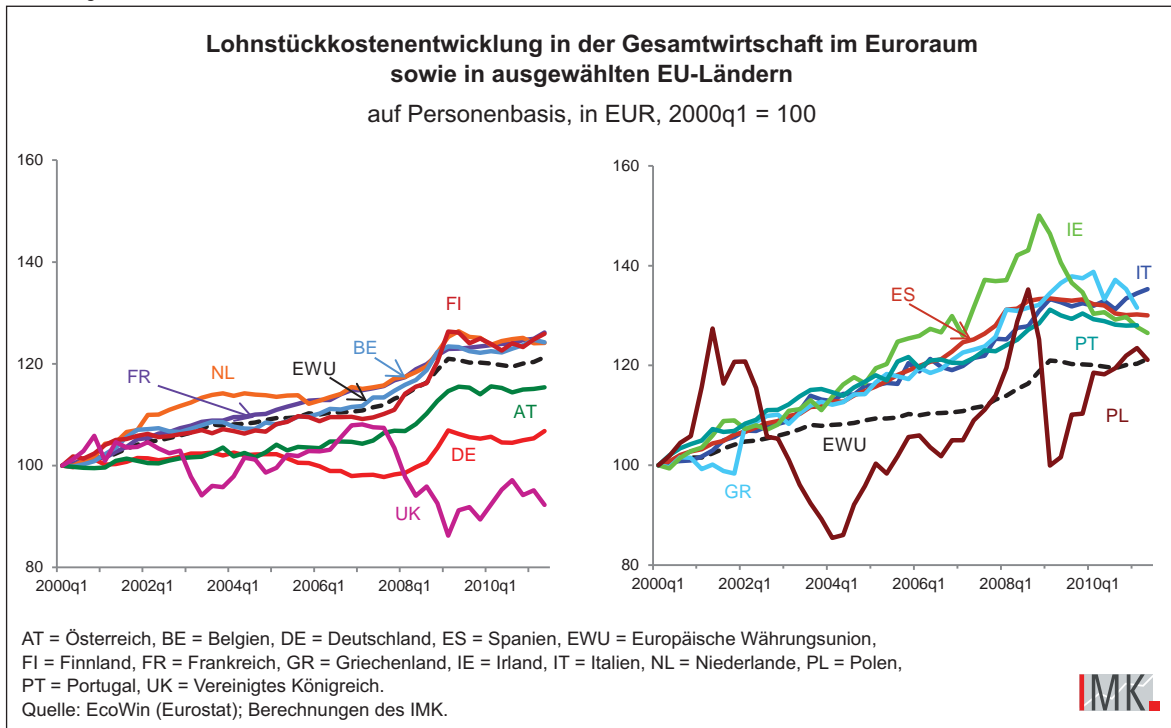
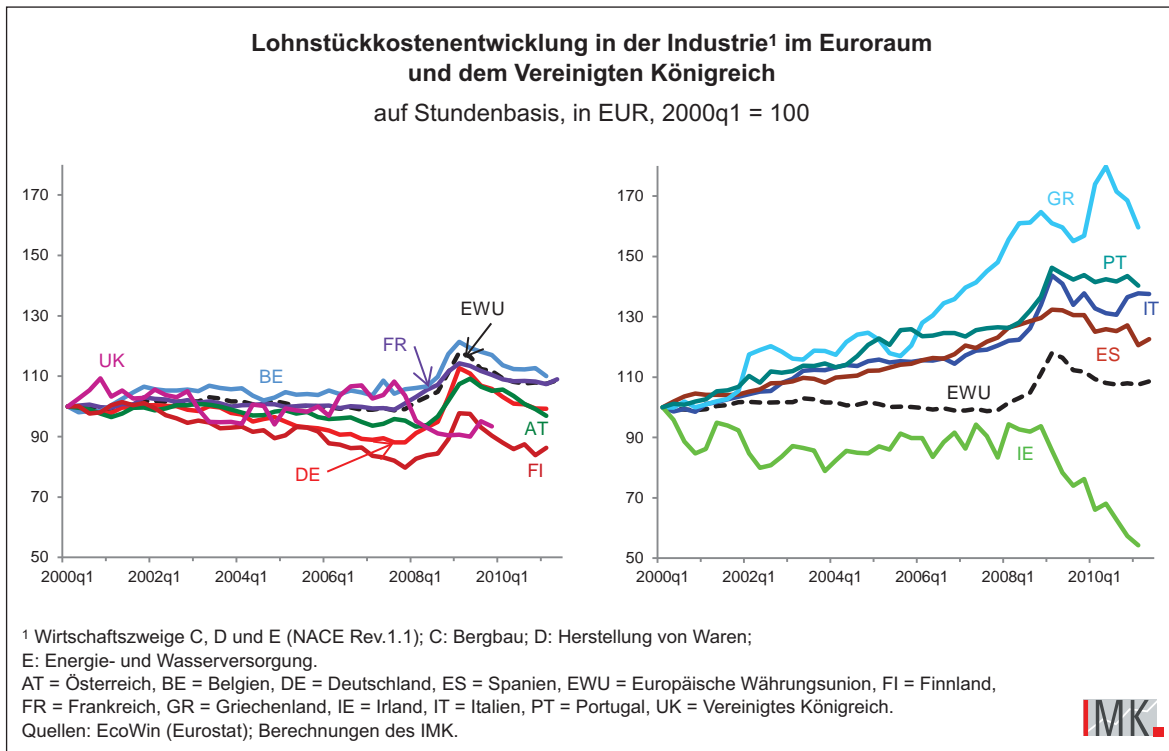


Abbildung 10



der Zahl der Erwerbstätigen in diesen Ländern zusammen.

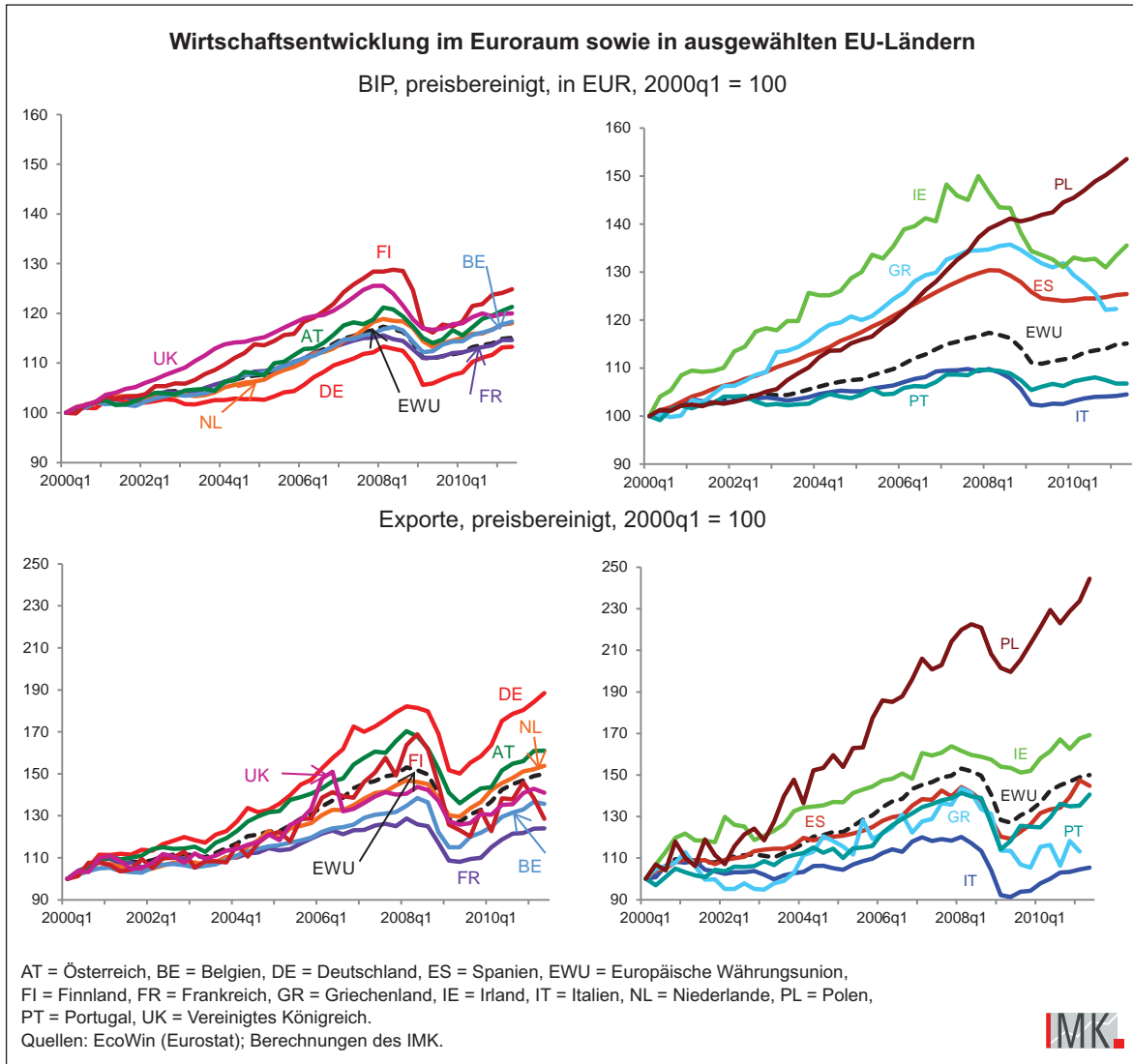
Beim Vergleich der Lohnstückkostenentwicklung der Industrie mit den Verläufen für die Gesamtwirtschaft zeigt sich keine grundlegend andere Entwicklung, im Einzelnen gibt es jedoch einige Besonderheiten (vgl. Abbildung 10). So sind die Lohnstückkosten der Industrie in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Finnland über den gesamten Beobachtungszeitraum geringer gestiegen als die der Gesamtwirtschaft. Dies ändert aber nichts daran, dass die Zuwächse dieser Länder nahe am oder unter dem Euroraumdurchschnitt liegen<sup>4</sup>. Die Entwicklung der Lohnstückkosten der Krisenländer für die Gesamtwirtschaft und die Industrie gleichen sich mit Ausnahme Irlands, das einen drastischen Einbruch der Industrielohnstückkosten aufweist.

Bemerkenswert ist, dass nach dem Beginn der Krise 2008 die Lohnstückkosten in Deutschland in der Industrie am stärksten gestiegen sind, sich dann aber bald wieder dem Euroraumdurchschnitt angenähert haben. Dies spiegelt den Rückgang im Verlauf der Arbeitsproduktivität zu Beginn der Krise wider. Anders als in den meisten anderen Ländern haben in Deutschland

viele Unternehmen die Instrumente interner Flexibilisierung – also vor allem den Abbau von Arbeitszeitguthaben und die Kurzarbeit – genutzt. So konnte Beschäftigung gehalten werden, doch die Arbeitsproduktivitätsentwicklung blieb zeitweilig hinter der in anderen Ländern zurück und die Lohnstückkosten stiegen damit erst einmal überdurchschnittlich. Dies war aber lediglich eine technische Reaktion, hinter der ein großer arbeitsmarktpolitischer Erfolg steht: Im Vergleich zur Entwicklung im Euroraum ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland in der Krise kaum zurückgegangen und steigt seit Frühjahr 2010 sogar wieder (vgl. Abbildung 8). Im Zuge dieser Belebung bildeten sich die Lohnstückkostenzuwächse wieder zurück. Abgesehen von dieser krisenbedingten, temporären Überzeichnung bei den Lohnstückkosten zeigt sich seit Beginn der Währungsunion eine zunehmende Divergenz der Lohnstückkostenentwicklung und damit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euroraums. Die Krise hat zu einer zeitweiligen Reduzierung der Ungleichgewichte geführt und ein weiteres Auseinanderdriften der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erst einmal gestoppt. Trotz der Aufholbewegung nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ab Mitte 2009 ist es nicht zu einem nennenswerten Anstieg der Lohnstückkosten bis Ende 2010 bzw. Anfang 2011 gekommen. Zwei Ländern ist es sogar – allerdings unter enormen Lasten für die Bevölkerung und das Wachs-

<sup>4</sup> Für das Vereinigte Königreich konnten ab 2010 keine Lohnstückkosten für die Industrie aufgrund fehlender Daten berechnet werden, so dass dieser Verlauf nur unter Vorbehalt interpretiert werden kann.

Abbildung 11

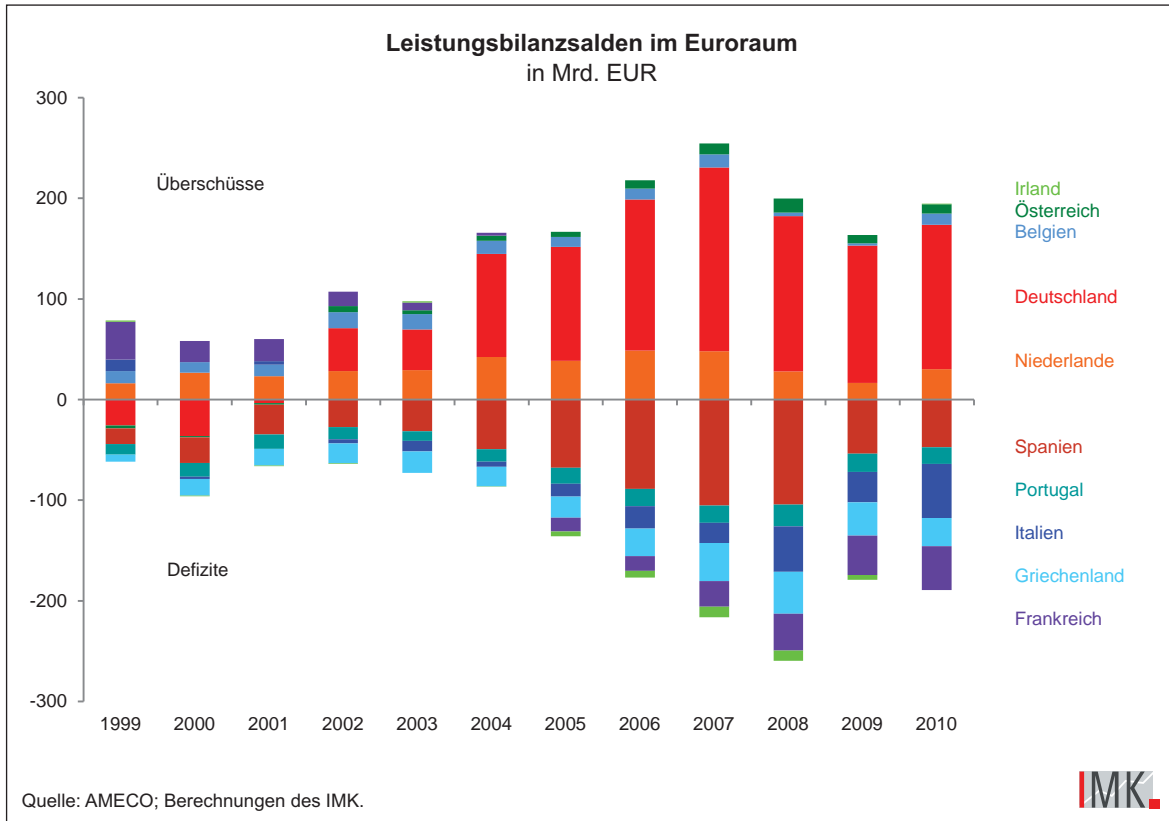


tum – gelungen, den Lohnstückkostenanstieg sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch in der Industrie zu bremsen bzw. umzukehren: Griechenland und in noch viel höherem Maße Irland.

Die Länder mit Lohnstückkostensteigerungen unterhalb des Euroraumdurchschnitts sind es auch, die mit ihren Zuwächsen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit in der Vergangenheit einen deutlichen Anstieg der Exporte zu verzeichnen hatten. Insbesondere Deutschland, die Niederlande und Österreich sind hier zu nennen. Finnland und Belgien hatten bis zur Krise eine ähnliche Exportentwicklung wie die genannten Länder genommen, weisen aber seit der Krise 2008 eine verhaltenere Entwicklung der Exporte auf (siehe Abbildung 11). Die Exportentwicklung Irlands verweist noch einmal eindringlich darauf, dass dieses Land nicht aufgrund starker Lohnstückkostenzuwächse, sondern

durch die Finanzmarktkrise mit ihren Folgen für den Banken- und Finanzsektor sowie die Immobilienpreise in die Krise geraten ist. Ein Vergleich Polens mit dem Vereinigten Königreich macht zudem deutlich, dass ein freier Wechselkurs alleine kein Garant für Exporterfolge ist, wenngleich er die Exportankurbelung über eine Abwertung der eigenen Währung prinzipiell erleichtert. Denn während Polen einen starken und durch die Krise nur vorübergehend gebremsten Anstieg der Exporte aufweist, konnte die Entwicklung im Vereinigten Königreich trotz deutlicher Abwertung geradeso mit dem durchschnittlichen Exportwachstum des Euroraums mithalten. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass dieser hohe durchschnittliche Exportanstieg des Euroraums insgesamt maßgeblich durch das starke Exportwachstum Deutschlands geprägt wird, so wie auch die durchschnittliche Lohn-

Abbildung 12



stückkostenentwicklung des Euroraums von Deutschland bisher stark reduziert wird.

### Krise der Währungsunion und divergierende Arbeitskostenentwicklung

Die Zuspitzung der Krise des Euroraums und die aktuell diskutierten Lösungsvorschläge sollten nicht von den eigentlichen Ursachen dieser Verwerfungen ablenken, und diese stehen in enger Verbindung mit der Entwicklung der Arbeitskosten. An den Finanzmärkten gerieten vor allem Länder unter Druck, deren preisliche Wettbewerbsposition sich seit Beginn der europäischen Währungsunion kontinuierlich verschlechtert hatte. Dies führte zu Leistungsbilanzdefiziten und damit zu einer höheren Verschuldung im Ausland. Von den Finanzmärkten wird nun plötzlich die Fähigkeit dieser Länder, in Zukunft ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum zur problemlosen Bedienung ihrer Schulden zu erreichen, als nicht mehr gewährleistet angesehen.

Seit Beginn der Währungsunion sind eine Auseinanderentwicklung der Arbeitskosten der einzelnen Mitgliedsländer und ein Anstieg der Leistungsbilanzungleichgewichte zu beobachten. Zwar war seinerzeit eine niedrige Inflationsrate – neben weiteren Kriterien

– Voraussetzung für die Aufnahme in den gemeinsamen Währungsraum, doch nach bestandener „Aufnahmeprüfung“ mussten die Mitgliedsländer im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nur noch Defizit- und Schuldenstandskriterien einhalten. Die Preisentwicklung in einzelnen Ländern spielte keine Rolle mehr, solange das Inflationsziel für den Euroraum insgesamt eingehalten wurde. Dies blieb jedoch nicht folgenlos. Anhaltende Inflationsdifferenzen führten zu einer kumulativen Verbesserung bzw. Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Länder mit dem Effekt, dass beträchtliche Außenhandelsungleichgewichte entstanden, die in einem gemeinsamen Währungsraum nicht mehr durch Auf- bzw. Abwertungen korrigiert, sondern nur im Zuge von einschneidenden realwirtschaftlichen Anpassungen abgebaut werden können. Genau diese realwirtschaftlichen Anpassungsprozesse erschweren dann aber die Bedienung von privaten und öffentlichen Schulden.

Ein grundlegendes Prinzip einer Währungsunion ansonsten souveräner Staaten wurde über ein Jahrzehnt hinweg sträflich missachtet: Jedes einzelne Mitgliedsland muss in der Tendenz das gemeinsame Inflationsziel – im Euroraum nicht über, aber nahe



2 Prozent – einhalten. Ansonsten kommt es zu realen Ab- und Aufwertungen, die auf Dauer Leistungsbilanzkrisen hervorrufen. Die Einhaltung eines gemeinsamen Inflationsziels erlegt den beteiligten Volkswirtschaften allerdings Beschränkungen auf, denen sich die Länder des Euroraums nicht aussetzen wollten (Horn/Mühlaupt/Rietzler, 2005).

Eine dieser Beschränkungen betrifft die Entwicklung der Arbeitskosten, denn sie sind einer der maßgeblichen Kostenfaktoren, die die Preissteigerungsrate mit bestimmen. Das gilt vor allem für die Lohnstückkosten. Ihre Zunahme hätte mit dem Inflationsziel kompatibel sein müssen. Die obige Analyse hat gezeigt, dass dies nicht der Fall war. Sie zeigt vielmehr, dass im Euroraum während der vergangenen 11 Jahre eine Gruppe von Ländern Lohnstückkostensteigerungen nahe am EWU-Durchschnitt ausweist, die damit konsistent mit der Zielinflationsrate der EZB von knapp 2 Prozent sind. Dazu gehören Finnland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und – mit deutlichen Abstrichen – Österreich. Deutschland aber weicht hier von eklatant nach unten ab mit einem durchschnittlichen Lohnstückkostenanstieg von nur 0,6 Prozent. Statt der erforderlichen stabilitätskonformen knapp 2 Prozent wären also unter den gegebenen Bedingungen um fast 1,5 Prozent höhere Arbeitskostenzuwächse pro Jahr notwendig gewesen.

Gleichzeitig zeigt das Bild für Griechenland, Italien, Portugal, Irland und Spanien bis zum Beginn der Krise 2008/09 zwar deutliche Abweichungen vom Euroraum-Durchschnitt nach oben, doch diese sind mittlerweile schon signifikant korrigiert worden (vgl. Abbildung 9). Um eine Konvergenz bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, muss sich daher Deutschland mit seinen Arbeitskosten viel stärker nach oben bewegen, als sich diese Ländergruppe nach unten anpassen muss.

Da innerhalb einer Währungsunion den Krisenländern keine nominalen Abwertungen zur Verfügung stehen, müssen die Krisenländer den Weg wählen, über vergleichsweise geringe Arbeitskostensteigerungen eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Dieser Weg ist aber fast aussichtslos, solange der Anstieg der Arbeitskosten in Deutschland so gering bleibt. Denn es reicht in den betroffenen Ländern nicht aus, das niedrige deutsche Wachstum der Lohnstückkosten zu erreichen, weil sich damit die eigene Wettbewerbsposition gegenüber Deutschland noch nicht verbessern, sondern nur unverändert schlecht bleiben würde. Die bilateralen Leistungsbilanzdefizite gegenüber Deutschland können so nur schwer abgebaut werden.

Bei all dem darf nicht übersehen werden, dass Löhne Einkommen sind. Schwache Lohnsteigerungen führen daher zu einer schwachen Binnennachfrage, insbesondere beim Konsum, was wiederum geringe Importe nach sich zieht. Letztlich wurde über die massive Umverteilung zu Lasten der Arbeitseinkommen in Deutschland der Konsum geschwächt. Auch auf diesem Weg entstanden die Leistungsbilanzungleichgewichte.

Will man an der europäischen Währungsunion in der derzeitigen Zusammensetzung festhalten und will man eine Transferunion vermeiden, geht dies nur, wenn in Deutschland die Löhne spürbar stärker steigen als im vergangenen Jahrzehnt. Um die Fehlentwicklungen zu korrigieren, müsste der Anstieg der Lohnstückkosten sogar für mehrere Jahre über 2 Prozent liegen. Nur so können derzeit wettbewerbschwache Länder im Euroraum überhaupt einen Anpassungspfad einschlagen, der für sie wegen der ansonsten unvermeidbaren absoluten Lohnsenkungen nicht in Deflation und Depression endet.

Mit den Rettungsschirmen und dem Eingreifen der EZB kann letztlich nur Zeit gekauft werden. Dies ist notwendig und sinnvoll, wenn sie dazu genutzt wird, diese fundamentalen Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums abzubauen. Sowohl die Krisenländer als auch die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen und unterdurchschnittlichen Zuwächsen bei den Arbeitskosten müssen ihr Handeln ändern. Diese Lösung ist für Deutschland vergleichsweise preiswert im Vergleich zu einer Transferunion oder einem Auseinanderbrechen der Währungsunion. Und sie beteiligt endlich die Arbeitnehmer an den Wachstumsgewinnen des vergangenen Jahrzehnts.

## Literatur

**Horn, G. /Mülhaupt, B. /Rietzler, K. (2005):** Quo vadis Euroraum? Deutsche Lohnpolitik belastet Währungsunion. IMK Report, Nr. 1, URL: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_01\\_2005.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_01_2005.pdf).

**Ludwig, U. /Brautzsch, H.-U. (2010):** Arbeitskosteneffekte des Vorleistungsbezugs der Industrie an Dienstleistungen in Deutschland im Vergleich mit Frankreich und den Niederlanden – eine Untersuchung des IWH mit der Input-Output-Methode, Gutachten im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, IMK Studies Nr. 4/2010, URL: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_study\\_4\\_2010.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_4_2010.pdf).

**Niechoj, T. /Stein, S. /Stephan, S. /Zwiener, R. (2011):** Deutsche Arbeitskosten und Lohnstückkosten im europäischen Vergleich – Auswirkungen der Krise. Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik bis 2010, IMK Report Nr. 60, URL: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_60\\_2011.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_60_2011.pdf).

**Schröder, C. (2011):** Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, in: IW-Trends, Nr. 4.

---

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, [IMK@boeckler.de](mailto:IMK@boeckler.de), <http://www.imk-boeckler.de>

**Redaktionsleitung:** Prof. Dr. Gustav A. Horn  
**Pressekontakt:** Rainer Jung, 0211 7778-150

**Druck:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf  
ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

